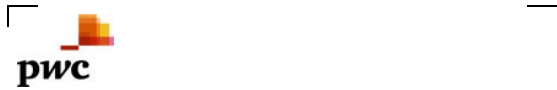


Bitte senden Sie diesen Antrag an



PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Postfach 30 17 50
20306 Hamburg

Aufgrund der Allgemeinen Bedingungen für die Übernahme von Garantien für Direktinvestitionen im Ausland beantragen wir eine Garantie für die nachfolgend dargestellte Investition in

(Land)

A. Angaben über den Investor

1. Name/Firma: _____
(bei Einzelfirmen auch Name und Staatsangehörigkeit des Inhabers)
2. Sitz/Wohnsitz: _____
 Anschrift: _____
 Homepage: _____
 Ansprechpartner: _____
 Telefon: _____
 E-Mail: _____

3. Rechtsform und Gründungsjahr

4. Beschreibung der gewerblichen Tätigkeit des Unternehmens

ggf. Firmen- oder Produktbroschüre beigelegt

5. a) Gesellschaftskapital und Gesellschafter

	Name	Sitz/Wohnsitz/ Staatsangehörigkeit	Nominalbetrag in Tsd. EUR	%
a)				
b)				
c)				
d)				
e)				

b) Angaben zur Konzernzugehörigkeit



c) Nähere Angaben, falls sich insgesamt 25 % oder mehr des Unternehmenskapitals mittelbar oder unmittelbar in ausländischer Hand befinden



6. Bitte fügen Sie den aktuellen Jahresabschluss (ggf. auch der Unternehmensgruppe) bei

B. Angaben zum Projekt im Ausland

1. Gegenstand des Projekts



ggf. separates Memorandum (z. B. Machbarkeitsstudie, interne Projektpräsentation) beigelegt

2. Name/Firma und Sitz der Projektgesellschaft



3. Rechtsform und Gründungsjahr der Projektgesellschaft

4. Anteile der Beteiligten an der Projektgesellschaft **nach** der Investition

	Name	Sitz/Wohnsitz/ Staatsangehörigkeit	Nominalbetrag in Tsd. Währung:	%
a)				
b)				
c)				
d)				
e)				



ggf. separate Erläuterungen beigelegt

5. Angaben zu den Motiven für die Investition (z. B. Markterschließung, Ausbau vorhandener Geschäftsbeziehungen, Kapazitätserweiterung, Nutzung von Standortvorteilen)

ggf. separate Erläuterungen beigelegt

7. Angaben zu den Auswirkungen der Investition

- a) im Investitionsland (z. B. auf Arbeitsplätze, Devisenlage, Übertragung von Know-how, Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsaspekte)

- b) in Deutschland (z. B. auf Arbeitsplätze, Absatzmöglichkeiten für eigene Produkte des Investors oder Bezug von Investitionsgütern und Zulieferungen)

ggf. separate Erläuterungen beigefügt

8. Angaben zur geplanten wirtschaftlichen Entwicklung des Projekts, zumindest in den nächsten drei bis fünf Jahren (Planumsätze und -erträge, Zahl der Arbeitskräfte, geplante Exporte)

ggf. separate Darstellung beigefügt

bei Investition in bestehendes Unternehmen Jahresabschlüsse beigefügt

9. Wirtschaftliche Grundlagen der Investition

(Nachstehende Tabelle dient als Beispiel, vergleichbare eigene Aufstellungen können dem Antrag beigefügt werden.)

		Betrag in Tsd. EUR
Investitionen	- Immaterielle Vermögensgegenstände	
	- Grundstücke und Gebäude	
	- Maschinen und Anlagen	
	- sonstiges Anlagevermögen	
	- nachhaltig erforderliches Umlaufvermögen	
	- Anlaufverluste	
	-	
Finanzierung	- Gesellschaftskapital	
	- Gesellschafterdarlehen	
	- sonstige Darlehen	
	- lokale Kredite	
	- erwirtschaftete Mittel	
	-	
	-	

10. Wesentliche rechtliche Grundlagen (ggf. auch im Entwurf) im Zusammenhang mit dem Projekt

- Satzung und Gesellschaftsvertrag Kopie(n) und Übersetzung beigefügt
- Kaufverträge für Anteile (derivativer Erwerb) Kopie(n) und Übersetzung beigefügt
- maßgebliche Kapitalerhöhungsbeschlüsse Kopie(n) und Übersetzung beigefügt
- Darlehensverträge (einschließlich Tilgungsplan) Kopie(n) und Übersetzung beigefügt
- sonstige Verträge (bitte angeben):
-
-

11. Mitwirkung von Behörden des Investitionslandes an dem Projekt

- | | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|--------------------------|
| <input type="checkbox"/> Fördermaßnahmen | ggf. separate Erläuterungen beigelegt | <input type="checkbox"/> |
| <input type="checkbox"/> Hat sich der Staat zugunsten des Projekts durch Abgabe spezieller Erklärungen verpflichtet? | ggf. separate Erläuterungen beigelegt | <input type="checkbox"/> |

12. Werden für das Projekt weitere Fördermaßnahmen beantragt? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland („Hermesdeckungen“)
- Förderprogramme der KfW Bankengruppe
- Programme der International Finance Corporation (IFC)
- Programme der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)
- Programme der Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG)
- Sonstige: _____

C. Angaben zur Investition

1. Art der zu garantierenden Investition(en) (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Beteiligung
- Dotationskapital einer rechtlich unselbstständigen Niederlassung
- anderes vermögenswertes Recht (bitte Erläuterungen beigelegen)

2. Höhe der zu garantierenden Investition(en)

a) Beteiligung

Nennwert (Währung: _____)	ggf. Aufgeld oder weitere Zusatzaufwendungen (immer in EUR angeben)	aufzuwendender Betrag (immer in EUR angeben)

b) Darlehen

Darlehensbetrag (Währung: _____)	aufzuwendender Betrag (Währung: _____)

c) Dotationskapital

aufzuwendender Betrag (immer in EUR angeben)

d) anderes vermögenswertes Recht

aufzuwendender Betrag (immer in EUR angeben)

3. Art, Höhe und Termin der Leistungen auf die Investition(en) (vorgenommene und geplante)


Datum (tt.mm.jjjj)	Art der Leistung (bar oder Art der Sachleistungen)	Beteiligung/ andere Form Betrag in EUR	Darlehen Betrag (Währung:)
Summe(n)			

Leistungen vor Antragstellung sind gemäß § 7 Abs. 4 der Allgemeinen Bedingungen grundsätzlich nicht garantiefähig. In begründeten Ausnahmefällen können jedoch auch Leistungen, die vor Antragstellung erbracht wurden, in den Garantieschutz einbezogen werden. In diesem Fall möchten wir Sie bitten, den Grund für das Fristversäumnis zu erläutern und Angaben darüber zu machen, ob es zwischen Antragstellung und erster Leistung zu Risiko erhöhenden Umständen bei der Projektgesellschaft und im Anlageland gekommen ist.


4. Höhe und Laufzeit der beantragten Garantien

a) Betrag der Kapitaldeckung


höchstens Summe C. 3.	höchstens Summe C. 3.

 b) Höchstsatz der jährlichen Ertragsdeckung

bis zu %	bis zu %
----------	----------

 c) Höhe und Beginn der jährlichen Ertragsdeckung

% ab dem Jahr	% ab dem Jahr
---------------	---------------

 d) Höhe der Ertragsdeckung insgesamt

%	%
höchstens 100 % von a)	höchstens 100 % von a)

e) beantragte Laufzeit der Garantie(n)

Jahre	Jahre
Regellaufzeit 15 Jahre	i. d. R. Darlehenslaufzeit

5. Angaben zur Refinanzierung der zu garantierenden Investition(en) (Zutreffendes bitte ankreuzen)

aus eigenen Mitteln

aus Fremdmitteln

Name und Sitz des Kreditinstituts:



6. Zusatzanträge

- Zusagendeckung gemäß § 4 Abs. 1 Buchst. b) der Allgemeinen Bedingungen
- Deckung isolierter terroristischer Akte
- Aufhebung der Kurslimitierung
- Ertragsdeckung gemäß Sonderkonditionen für BOT-Modelle
- Zustimmung des Bundes zur sicherungsweisen Abtretung der Ansprüche aus der Bundesgarantie nach § 22 der Allgemeinen Bedingungen
- Zustimmung des Bundes zur sicherungsweisen Verfügung über die zu garantierende Investition nach § 23 der Allgemeinen Bedingungen

D. Besondere Erklärungen

1. Wir erklären, die Angaben im Antrag und in den beigefügten Anlagen nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Sollten sich diesbezüglich bis zur Entscheidung über diesen Antrag Änderungen ergeben, die für die Beurteilung des Antrags von Bedeutung sein können, werden wir Ihnen diese unverzüglich mitteilen.
2. Uns ist bekannt, dass unvollständige oder unrichtige Angaben oder eine unterlassene Berichtigung der Angaben die Ablehnung der Garantieübernahme, den Rücktritt bzw. die Kündigung durch den Bund sowie die Befreiung des Bundes von der Verpflichtung zur Entschädigung zur Folge haben können.
3. Wir erklären, dass wir von den Allgemeinen Bedingungen für die Bundesgarantien für Direktinvestitionen im Ausland in der Fassung vom Juli 2017 Kenntnis genommen haben. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf § 15 Abs. 3 der Allgemeinen Bedingungen.
4. Ich/Wir bevollmächtigen hiermit



_____ (Herrn/Frau/Firma)

für die **Erlangung, Verwaltung und Abwicklung der Investitions Garantien** erforderliche Unterlagen einzureichen sowie diesbezügliche Erklärungen in meinem/unserem Namen rechtsverbindlich abzugeben und vom Bund entgegenzunehmen.

5. Wir verpflichten uns, die Bearbeitungsgebühr unverzüglich nach Aufforderung zu bezahlen, und haben davon Kenntnis genommen, dass die Bearbeitungsgebühr auf das Garantieentgelt nicht angerechnet wird.
6. Wir haben von den auf den Seiten 8 und 9 dieses Antrags aufgeführten Hinweisen zum Antrag auf Bundesgarantien für Direktinvestitionen im Ausland Kenntnis genommen.

_____, den
(Ort)

(Datum)



(Firma, Unterschrift)

Hinweise zum Antrag auf Bundesgarantien für Direktinvestitionen im Ausland

Beachtung gesetzlicher Vorschriften

Für Investitionen, in deren Zusammenhang Projektverträge, staatliche Zusagen, Genehmigungen, Registrierungen oder andere Vorteile durch eine strafbare Handlung, insbesondere Bestechung, zustande gekommen sind, übernimmt der Bund keine Garantien. Erfährt er von solchen Umständen nach Garantieübernahme, ist er berechtigt, von der Garantie zurückzutreten bzw. diese zu kündigen, und ist von seiner Verpflichtung zur Entschädigung befreit.

Nach § 334 StGB in Verbindung mit Art. 2 § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (IntBestG) sind Bestechungshandlungen, die dem Zweck dienen, dem Täter oder einem Dritten einen Auftrag oder einen unbilligen Vorteil im internationalen geschäftlichen Verkehr zu verschaffen oder zu sichern, auch dann strafbar, wenn sich die Bestechungshandlung auf einen Amtsträger des ausländischen Staates oder auf eine Person bezieht, die beauftragt ist, für eine Behörde eines ausländischen Staates, für ein öffentliches Unternehmen mit Sitz im Ausland oder auf sonstige Weise öffentliche Aufgaben für einen ausländischen Staat wahrzunehmen. Nach § 299 Abs. 2 StGB macht sich strafbar, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs einem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebs einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er ihn oder einen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen in unlauterer Weise bevorzuge. Diese Bestechungshandlungen sind auch strafbar, wenn sie im ausländischen Wettbewerb begangen werden (§ 299 Abs. 3 StGB).

Datenschutz

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft speichert und verarbeitet die im Zusammenhang mit der Antragsbearbeitung und der Vertragsdurchführung notwendigen personenbezogenen Daten (z. B. Name und Anschrift, Rechtsform- und Bonitätsinformationen) in Datensammlungen unter Beachtung des Bundesdatenschutzgesetzes und übermittelt sie an mit der Übernahme der Bundesgarantien befasste öffentliche Stellen, soweit dies für die ordnungsgemäße Antragsbearbeitung und die Verwaltung der Bundesgarantien erforderlich ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob eine Bundesgarantie tatsächlich übernommen wird.

OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag wird auf die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen aufmerksam gemacht, die bereits 1976 verabschiedet und zuletzt 2011 von den Regierungen der OECD-Mitgliedsstaaten zusammen mit Unternehmens- und Arbeitnehmerverbänden sowie Nichtregierungsorganisationen überarbeitet wurden. Neben den OECD-Mitgliedsländern haben zahlreiche weitere Länder die Leitsätze unterzeichnet.

Die OECD-Leitsätze stellen Empfehlungen der Regierungen für ein verantwortungsvolles und dem geltenden Recht entsprechendes unternehmerisches Verhalten bei Auslandsaktivitäten dar. Die Unternehmen sollen die Leitsätze überall dort, wo sie ihre Geschäftstätigkeit ausüben, unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten des jeweiligen Gastlandes beachten.

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen können im Internet unter http://www.oecd-ilibrary.org/governance/oecd-leitsatze-fur-multinationale-unternehmen_9789264122352-de abgerufen werden.

UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Darüber hinaus wird auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNLP) verwiesen, die als global anerkannter Rahmen für die staatliche Schutzpflicht und die Verantwortung von Unternehmen in Bezug auf Wirtschaft und Menschenrechte 2011 von allen Mitgliedstaaten der UN einstimmig angenommen wurden. Zentrales Element ist die darin verankerte Sorgfaltspflicht von Unternehmen, Menschenrechte in ihren Liefer- und Wertschöpfungsketten zu achten. Die Bundesregierung hat sich zur Umsetzung der UNLP in Deutschland bekannt und am 21. Dezember 2016 den Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Die Berücksichtigung von Menschenrechten nimmt auch einen hohen Stellenwert in der Außenwirtschaftsförderung ein.

Die UNLP können im Internet unter <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/690490/publicationFile/198919/UN-Leitprinzipien-DE.pdf> und der Nationale Aktionsplan unter <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/754690/publicationFile/222804/161221-NAP-DL.pdf> aufgerufen werden.

Deutscher Nachhaltigkeitskodex (DNK)

Es wird zudem darauf hingewiesen, dass der von der Bundesregierung eingesetzte „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ nach einem umfassenden Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern im Oktober 2011 den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) beschlossen hat. Mit Hilfe dieses Kodex soll Unternehmen in Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ein Instrument zur Transparenz bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung zur Verfügung gestellt werden. Nach einer freiwilligen Entsprechenserklärung können Unternehmen gemäß international anerkannten Berichtsstandards strukturiert darlegen, inwieweit sie die im DNK niedergelegten Kriterien nachhaltigen Wirtschaftens erfüllen; diese Kriterien bauen u.a. auf den Prinzipien der „OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen“ auf. Hierdurch wird eine Vergleichbarkeit der wesentlichen Nachhaltigkeitsleistungen von Unternehmen gefördert, die für die Kapital- und Finanzmärkte von Bedeutung ist.

Die Empfehlungen des Rates können Sie im Einzelnen dem folgenden Link entnehmen:

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/publikationen/broschueren/RNE_Der_Deutsche_Nachhaltigkeitskodex_DNK_texte_Nr_52_Juni_2016.pdf